

# S C H U T Z B U N D Z E I T U N G.

XX  
Juni 1936. 10. Groschen.  
XX

Heute noch "revolutionäre" Partei - und morgen?

Die Volksfront hat auf der ganzen Linie gesiegt. Zwar nicht durch den revolutionären Sturm der Bourgeoisie - ist sie doch im Bündnis mit deren linken Flügel - zwar nicht durch den bewaffneten Aufstand, sondern durch Wahlen und mit dem Stimmzettel - aber dennoch, sie hat geriegt! Und nun ist sie an der Macht, wird zeigen, was sie kann.

Die Volksfront beginnt also in Frankreich den Arbeitern zu zeigen, was so eine "Volksfrontregierung", so eine "Regierung des arbeitenden Volkes" eigentlich ist. Die erste Sorge Leon Blums, des Regierungschefs der Volksfront, war, die Kapitalisten zu beruhigen, das Vertrauen zum Kredit wieder herzustellen. Marx sagte einmal, dass der Öffentliche Kredit ein untrügliches Barometer für die Revolution sei. In dem Masse als die Revolution vorwärtsstürmt, falle der Kredit, und umgekehrt, in dem Masse der Kredit steigt, fallen die Aussichten der Revolution. Das ist auch begründlich. Die Bourgeoisie von der Revolution am Kragen gepackt, hat keine Lust zu grossen Finanzgeschäften, beginnt ihre Goldflügel zu verscharren, in Sicherheit zu bringen. Doch die Bourgeoisie am Grabe der Revolution hatte immer noch Appetit nach grosszügigen Spekulationen; sie braucht nicht zu fürchten, durch das Proletariat gestört zu werden... Leon Blum, Sozialdemokrat und Ministerpräsident der "Volksfront" manipuliert am Barometer der Revolution: wenn es nach ihm geht, wird es für die Revolution Schlechtwetter zeigen!

Und die "Volksfront" zeigt in Spanien was sie kann. Ein- einhalb Jahre sind vergangen seit der Oktoberniederlage des spanischen Proletariats, 1½ Jahre seit jenen Wochen, in denen die Bourgeoisie mit ihrem Staatsapparat, der Guardia Civil, Polizei und Militär zu Hunderten die Arbeiter abschlachtete, zu Tausenden verprügelte, verstümmelte, ins Gefängnis warf. Nur eineinhalb Jahre! Und man sollte meinen, dass daher die Erinnerung an die Greuel die dieser Staatsapparat im Auftrage der Bourgeoisie verübte, noch so frisch ist, das das erste das nun die zur Macht gelangte "Volksfront" macht das ist: weg mit der Guardia Civil, fort mit dieser Polizei, mit diesen kapitalistischen Offizieren, fort mit der gähen, alten, blutbesudelten Unterdrückungsmaschine!

Doch in Spanien ist ja keine proletarisch - revolutionäre Partei an der Macht, sondern die "Volksfront". Und darum bleibt der Staatsapparat unangetastet, darum bleibt das kapitalistische Eigentum unangetastet. Darum beraten sie, statt den Boden unter den landarmen Bauern aufzuteilen über eine "Bodenreform", d.h. über die beste Art, den Bauern den gutsherrlichen Boden nicht geben zu müssen; darum breiten sie ein "Antiterrergesetz" vor, um den "Ausschreitungen der extremistischen Elemente ein Ende zu machen", ein Gesetz, das nach rechts mit Glattehandschuhen streicheln, nach links mit Löwenpranken zuschlagen wird... denn der Staat bleibt weiter kapitalistisch. Darum kann geschehen, dass Faschisten vor Gericht freigesprochen werden, dass Offiziere in demonstrierend Arbeiter hineinschiessen können... und dann mit ihren Regimentern versetzt werden, um ohne Strafe in einer anderen Garnison ihre Heldentaten zu verrichten; darum kann geschehen, dass arme Bauern die sich des Bodens der Aristokraten bemächtigen wollen zu Dutzenden von der Gendarmerie niedergeschossen, dass Streikausschüsse der Arbeiter verhaftet werden. Sozialdemokratie und "Kommunistische Partei" werfen sich in die Brust, weil ein paar Kirchen und Klöster angezündet werden. Aber warum enteignen sie, beschlagnahmen sie nicht das Eigentum der Kapitalisten, Aristokraten, Pfaffen? Weil sie in Spanien das machen, was die Sozialdemokratie 1918 in 1920 in Oesterreich und Deutschland machte: den Arbeitern sozialistische WORTE, den Kapitalisten die reale MACHT!

Aber Spanien und Frankreich zeigen nicht nur den Weg des Verrates, den die SP. (und ihrem Schlepptau die Stalinpartei) in diesen Ländern geht, sie zeigen den Arbeitern vor allem andern auch die Zu-

kunft der RS. in Oesterreich. Als nach dem Februar die RS. entstand, übertraf sie an masslosen Wortradikalismus alles bisher gekannte. "Jetzt gibt es nur mehr die proletarische Diktatur" so schrieb in den ersten Monaten die "Arbeiter-Zeitung". "Mit den herrschenden Klassen in Oesterreich kann es keine Versöhnung mehr geben, ein ganzes Meer von Blut und Tränen liegt zwischen ihnen und uns", so Otto Bauer nach dem Feber. Doch inzwischen sind die Blutflecken etwas verblasst und Bauer hat Zeit gefunden seine Tränen zu trocknen. Auch haben die radikalen Phrasen der RS. und ihrer Führer ihren Zweck, die Arbeiter einzufangen, erfüllt. Die RS. wagt nun offener zu sprechen. Und so lesen wir denn mit Vergnügen im Kampf vom April in dem Artikel "Sektiererertum" den Gustav Richter, "ein in der österreichischen, illegalen Bewegung hervorstechend tätiger Genosse" und gelehriger Schüler Bauers, der seinen Meister in der Demagogie und den Feinheiten des Arbeiterverrates bereits übertrifft, so lesen wir also in diesem Artikel Richters, dass die RS. "eine Partei sei, die auf dem Boden der Sozialdemokratie aufgebaut wurde." Ein wertvolles Geständnis! Eine Bestätigung dessen, was wir immer gesagt: dass die RS. nichts anderes ist, als eine Organisation, die von der alten sozialdemokratischen Bürokratie, die sich vorwiegend schlauerweise im Hintergrund hält, vorgeschoben wurde, und die von dieser Bürokratie auf dem Umweg über Brünn gelenkt wird.")

Die RS. ist nichts anderes als die alte SP. im neuen Gewand. Die RS. betreibt die alte sozialdemokratische Politik nur in neuer Form. Die RS. wird also, wenn sie hinaufkommt, genau dasselbe machen wie die SP. 1918 - 20. Was wird sie machen? Wir brauchen nur nach Frankreich und Spanien blicken.

"Wir müssen die Staatsbeamten an die Neuordnung der Dinge gewöhnen", sprach 1919 Karl Renner. "Wir müssen im inneren den Faschismus bekämpfen, was nicht zuletzt durch Förderung der republikanischen Gesinnung der Beamtenschaft (des kapitalistischen Staates) zu geschehen hat", spricht 1936 Leon Blum. "Wir richten den sozialistischen Wächter an die Polizisten", spricht schlicht und einfach die RS. im Jänner 1935. "Und wir schweigen jetzt überhaupt darüber, was mit dem Staatsapparat zu geschehen hat, so kommen wir wenigstens nicht in die unangenehme Situation, die Wahrheit sagen zu müssen", so die unausgesprochene Absicht der RS. heute.

"Wir wollen das Schwein zuerst fettwerden lassen bevor wir es abstechen", sprach die SP. 1918 - 20, in Frankreich und Spanien ist die SP. nun oben. Das Schwein ist in diesen Ländern dick und fett: aber abgestochen wird es nicht, in Oesterreich will die RS. den zwar sehr vereinzelt Schweinen über 5,000.000 Quadratmetern an den Kragen, doch von den anderen Schweinen, von denen, die so zahlreich herumlaufen und den Grossteil der österreichischen Bourgeoisie bilden, von denen spricht sie überhaupt nicht. Denn das sind die Koalitionsschweine, schlaftrübe Bundesgenossen der RS.

"Jetzt haben wir die demokratische Republik, jetzt gilt es sie in die soziale zu verwandeln", sprach 1918 die SP. in Oesterreich. "Jetzt haben wir die bürgerliche Republik, jetzt wollen wir (im Bunde mit der Bourgeoisie d. Red.) vorwärts zur sozialistischen Republik", spricht die spanische SP. 1936. (Siehe den "Kampf" von April 1936.)

Und unser "hervorstechend, tätiger" Gustav Richter bezeichnet unter anderem in seinen Artikel als Sektierer auch jene, die "irgend eine Form des Kampfes ablehnen, während es doch gelte, jede Form mit sozialistischem Inhalt zu füllen". Der gelehrte Gustav Richter, der hier eine Binsenwahrheit des Marxismus ausspricht, begeht hier eine kleine Gaunerei.

Es gibt noch immer naive Genossen, für die die Brüner ein Schönheitsfehler der RS. sind. Diese Leute bemerken einfach nicht, dass weder Brünn ohne RS., noch die RS. ohne Brünn leben kann. Sie ergänzen einander und sind ein unteilbares Ganzes, so wie früher etwa Renner und Bauer. Die RS. und die Brüner, die die RS. politisch führen, und heute, die hinter Brünn stehen und nach deren Bedürfnissen die Brünerpolitik machen, das ist eben die Sozialdemokratie.

Er meint nämlich unter den "Formen" auch die "Form" der bürgerlich - demokratischen Republik, die mit "sozialistischem Inhalt erfüllt werden soll". Hier steckt des Pudels Kern! Das ganze "revolutionäre Programm der RS. reduziert sich hier einfach auf das altherkömmliche und so sehr bankrotte "Hineinwachsen in den Sozialismus". Wie das in Wirklichkeit aussieht, haben wir in Oesterreich erlebt und erleben es heute in Spanien... Gewiss, Gustav Richter hat recht, der proletarische Kämpfer muss sich grundsätzlich aller Formen des Kampfes bedienen, --- oder er ist ein Quacksalber, und im besten Fall, ein wohneinender Stümper. Nur darf unter einer "Form des Kampfes" nicht auch die Koalitionspolitik verstanden werden, nur darf darunter nicht verstanden werden die demokratische Republik, in der die RS., ob offen in einer "Volksregierung", oder versteckt, aus der "Opposition heraus mit der Bourgeoisie zusammenarbeiten, in Arbeitsgemeinschaft mit der Bourgeoisie "die Form mit sozialistischem Inhalt füllt". Gustav Richter und die RS. meinen aber gerade diese "Form". Doch dieser Form dürfen sich die Arbeiter nicht bedienen, diese Form müssen sie zerschlagen, denn sie ist keine "Form des Kampfes" gegen den Klassenfeind, sondern die Form der Zusammenarbeit mit ihm. Gewiss auch wir kämpfen unter diesem Regime für die Wiederherstellung der demokratischen Freiheitsrechte der Arbeiter, d.h. für die bürgerlich - demokratische Republik, als den besseren Kampfboden, um das Proletariat zu mobilisieren für die Aufrichtung der proletarischen Diktatur; aber die RS. sieht in der demokratischen Republik das Endziel, die Form, die nur mehr mit "sozialistischem Inhalt gefüllt werden muss".

Mit viel Geschrei hat die "Volksfront" ihren Feldzug begonnen. Es ist beim Geschrei geblieben, denn keine sozialistischen Taten folgen. Und dennoch der Sieg der "Volksfront ist ein Fortschritt auch für die proletarisch - revolutionäre Sache. Er zeigt den Arbeitern vor allem, dass es nicht genügt den Faschismus niederzuwerfen, sondern dass an seine Stelle etwas anderes gesetzt werden muss. Die "Volksfront", linke Bourgeoisie im Bunde mit SP. und StalinKP., 2. und 3. Internationale, setzen an seine Stelle die bürgerliche Demokratie. Um der Interessens des Proletariats, um seiner Zukunft willen ist notwendig, dass sie abgelöst werde, und bald abgelöst werde durch die Diktatur der Arbeiterklasse. Doch SP. und Stalinpartei denken nicht im Traum daran, diese Diktatur aufzurichten. Sie betreiben heute Stimmzettelgeometrie. Um die Stimmzettelillusionen endgültig zu überwinden, um mit diesen Parteien, um mit jeder Form der kapitalistischen Herrschaft endgültig zu brechen, bedarf das Proletariat einer wirklich revolutionären Partei: DER VIER-  
TEN INTERNATIONALE!!!

Aber die RS. hat ja die Stimmzettelillusionen bereits überwinden, werden viele ehrliche RS. Arbeiter sagen. Ihnen, diesen ehrlichen RS. Genossen sagen wir: der Stimmzettelrausch, der parlamentarische Kretinismus ist die zwangsläufige Folge einer bestimmten Grundeinstellung zum Klassenfeind der Arbeiter zur Bourgeoisie. Ihr sollt heute nicht gegen Stimmzettelillusionen in der RS. kämpfen, denn ihr würdet offene Türen einrennen. Ihr sollt heute nur nachdenken über die Grundeinstellung der RS. zur Bourgeoisie, ihr sollt heute nur nachprüfen die Stellung eurer Partei, nicht nur zum Faschismus, nicht nur zum jetzigen Regime, sondern wohlgemerkt: zur Bourgeoisie, zur Kapitalistenklasse! Und wenn ihr zur Ueberzeugung kommt, dass eure Partei grundsätzlich auf dem Boden der Koalitionspolitik steht, dann nehmt den Kampf gegen diese Politik auf, denn das ist die Politik, die zwangsläufig all das zur Folge hat, was ihr die ganzen Jahre als sozialdemokratische, "reformistische" Politik kennengelernt habt. Verlangt von eurer Partei, dass sie sich grundsätzlich gegen jede Form der Zusammenarbeit mit der Bourgeoisie ausspricht, denn bis jetzt hat sie über die entscheidendsten Fragen geschwiegen, oder hinter dem "Kampf gegen den Faschismus" versteckt. Wir zweifeln schon heute nicht, wie die Antwort der RS. aussehen, und noch weniger, welche Taten sie setzen wird, wenn sie hinaufkommt.

Um die Arbeiter zu gewinnen, um sie über ihren sozialdemokratischen Charakter zu täuschen, fand die RS. es nötig, durch ldn=ge Monate verführerisch in allen "revolutionären" Farben zu schillern. Heute beginnen bereits die Farben zu verblässen, noch unter diesem Re= gime findet es die RS. für notwendig, den Grossteil ihres "revolu= tionären" Gepöckes wegzuerwerfen. Und der Tag ist nicht mehr so weit, er ist vielleicht näher als wir alle ahnen, wo die RS. offen dastehen wird als das, was sie wirklich ist: als demokratischer Lakai der Bour= geoisie!

## P o l i t t i s c h e

### V o r -- u n d U m s c h a u.

Die Italiener haben Addis - Abeba erobert und damit einen ziemlich grossen Teil Abessinien besetzt. Die abessinischen Armeen brachen in den letzten Kampftagen ziemlich zusammen. Der Einmarsch der Italiener in die abess. Hauptstadt ist ein grosser Erfolg des ital. Imperialismus. Dennoch, der Krieg in Abess. ist noch lange nicht beend= et, trotz der Grossmauligkeiten Mussolinis. Der ital. Einmarsch in Addis - Abeba fiel mit dem Beginn der Regenzeit zusammen, d.h. mit dem natürlichen Ende der grossen militärischen Operationen für mehrere Mo= nate. Es ist zu erwarten, dass während dieser Zeit die abess. Kräfte wieder gesammelt werden. Eine abess. Regierung, die ihren Sitz nicht weit von der Hauptlichen Grenze, in Westabessinien aufgeschlagen hat, organisiert den Widerstand gegen die ital. Okkupation, wozu sie in der Regenzeit die Möglichkeit hat. Der ital. Imperialismus steht weiter= hin vor finanziellen und selbst militärischen Schwierigkeiten. Der Negus ist noch nicht "erledigt"! Im Gegenteil, er wird noch eine gros= Rolle spielen.

Die Annexion Abess. durch Ital. hat die imperialistischen Gegensätze verschärft. Der von England geführte Völkerbund hat die Annexion nicht anerkannt, die Sanktionen gehen weiter.

Engld. geht einer Regierungskrise entgegen. Die Konservativen (Rechtsbourgeoisie) sind geteilt: die Rechtskonservativen (Cham= berlain Churchill) sind für Entgegenkommen für Ital., die Linkskon= servativen neigen zur Sanktionspolitik. Die Stimmung in den Massen ist in der Richtung von Sanktionen. Am besten geht dies daraus hervor, dass Chamberlain, der gleich nach der ital. Annexion für die schnelle Liquidierung der Sanktionen eingetreten ist, seinen Standpunkt ab= schwächt. Von der Massenstimmung lassen sich Labour - Party und Liber= ale tragen, die eine links a p i t a l i s t i s c h e Opposition dar= stellen und der Bildung einer linksbürgerlichen Regierung zustreben. Englds. Verhalten in der abess. Frage lässt folgende Erklärungen zu: 1. Winter Ital. steht USA. , dass sich Ital. als Waffe bedient, um den engl. Imper. zu schwächen, zu provozieren. Gegen diese Annahme spricht die Erwägung, dass gegenwärtig die Weltlage sonst keine wichtige Tat= sache zeigt, die dafür spräche, dass der USAimper. jetzt schon auf den Entscheidungskampf mit der engl. Imperialismus losgeht. 2. Die engl. Rechtsbourg. spielt ein Doppelspiel: Ausserlich kommt sie der sich der Linksbürgerlichen uneigentlichen Stimmung der Massen entgegen -- in Wirklichkeit hilft sie dem ital. Faschismus. Dagegen spricht, dass es in Abess. zweifellos um sehr wichtige Interessen der Weltstellung des engl. Imperiums geht (Schwächung der engl. Stellung am indischen Ozean, im Roten Meer, an der Seelinie Engld. - Indien; Tsanasee - Su= dan - Nil - Ägypten: Umfassung Ägyptens von 2 Seiten, nämlich von Lybien und Abess. her durch Ital.; Stärkung der ital. Mittelmeerstell= ung und Schwächung der engl. Position im Mittelmeer, also auch hier Schwächung der Seelinie Engld. - Indien.) Allerdings ist eine Regelung der abess. Frage mit Ital. bis zu einem gewissen Grad möglich, welche die Ge= fahren für den engl. Imper. von dieser Seite her wenigstens für ab= sehbarer Zeit verhindern würden.

5. Die engl. Imperialisten sind von einer unzureichenden Einschätzung ausgegangen. Sie nahmen an, dass die Ausrüstung Abyss. mit modernen Waffen unter der Hand durch Engld. ausreichen werde, um den ital. Imper. genügend aufzuhalten, zu schwächen und ihn zu jener Regelung der abyss. Frage zu verhalten, die mit dem engl. Imper. Interesse vereinbar ist.

Zwei Umstände durchkreuzten das:

- a) der tatsächliche Wiederstand des französischen Imper. gegen eine entschiedene Sanktionspolitik gegenüber Ital. das sich die frz. Bourg. warmhalten will, da Engld. dem deutschen Imper. entgegenkommt, und
- b) die nicht vorgesehene neue Verwendung der Flugzeuge. Bisher wurden sie nur zum Erkunden und Beschiessen verwendet. Hier zum ersten Mal hat sich gezeigt, dass sie auch zu g r o s s e n Transporten von Lebensmitteln, Munition, Waffen u. s. w. benützt werden können. Dies allerdings nur weil keine Flugzeuge und keine Flugzeugabwehr gegenüber standen.

Die 3. Erklärung dürfte der Wahrheit am nächsten kommen und sich bis zu einem gewissen Grade mit der 2. und selbst mit der ersten Erklärung möglicherweise kombinieren. Der Druck des engl. Imper. um Ital. zu einer Lösung der abyss. Frage zu zwingen, die den engl. Interessen nicht widerspricht, wird fortgesetzt werden. Engld. braucht nur im Verhältnis zu Dtschld. den frz. Wünschen entgegenkommen und die (linksbürgerliche) "Volksfront" wird gerne Engld. gegenüber Ital. entgegenkommen.

Im Verhältnis Engld. zu Dtschld. ist insofern eine Verschlechterung eingetreten, als Dtschld. nochmals den Flottenpakt verletzt hat. Die Verhandlungen mit Dtschld. führt Engld. in einen Sinn, der darauf ausgeht, das Verhältnis zwischen Engld. und Frkr. zu bessern. Gelingt das - die Wahrscheinlichkeit spricht dafür - dann wird Engld. mit Unterstützung Frkr. den Druck auf Ital. verstärken.

Engld. hat das Bündnis Sowjetrusslands mit der äusseren Mongolei nicht anerkannt; diese sei ein Teil Chinas. Das Verhältnis Engld. zu SR. ist also keineswegs eindeutig.

Das Verhalten der USA. ist noch immer unklar. Die Nachricht von einem Vertrag des Daili Lara mit USA. hat sich bisher nicht bestätigt. Tibet gilt als engl. Interessensphäre; ein Übergreifen des amerik. Imper. auf dieses Gebiet wäre ein feindseliger Akt gegenüber Englds.

In Dtschld. sollen die hochgeschraubten Steuern noch um 1 Milliarde erhöht werden.

In Ostasien verschiebt Japan weiterhin Truppen nach der Mandschurei und in die innere Mongolei.

Hinter den arabischen Unruhen in Palästina stehen Dtschld. und Ital. Ital. Sender betreiben in arab. Sprache Propaganda in Pal., überhaupt Arabien und Aegypten.

Der Generalstreik in Saloniki ist trotz der KP. ausgebrochen, die bekanntlich "im Kampf gegen die faschistische Diktatur" zu einer Stütze des kapitalistischen Königs geworden ist. Der grosse Streik ist wieder ein Zeichen, dass sich die "eltarbeiterklasse zu beleben beginnt"

In Frkr. waren, wie wir vorausgesagt, die Wahlen für die "Volksfront" erfolgreich. Seinem politischen Inhalt nach ist das ein Sieg der von der Monopolbourg. (Rechtsbourg.) arg bedrängten Linksbourg., die sich auf kleinbürgerliche, kleinbäuerliche Massen und die von SP. und KP. geführten Arbeitermassen stützt. So wie in Spanien bewegen sich auch in Frkr. die Massen unter dem Druck der gesteigerten, kapitalistischen Offensive nach links. Mit Hilfe von KP. und SP. ist die linksbourgeoisierte in stände, die sich nach links bewegenden, ausgebeuteten und unterdrückten Massen vor den linksbürgerlichen Wagen zu spannen. Es wird nun eine linkskapitalistische Regierung unter Führung Leon Blums gebildet werden, die sich zusammensetzt aus: SP., Neosozialisten (Rechtsoz. dem.), Radikalen und unterstützt wird vom geeinigten frz. Gewerkschaftsbund und der Stalinpartei. Die erste Sorge Blums war die Bourgeoisie zu beruhigen... Die kommenden Erfahrungen der Arbeitermassen mit

der Regierungspolitik der SP. - KP. in Frkr. wird zur Erkenntnis der Arbeitermassen über das wahre Wesen dieser beiden Parteien wesentlich beitragen.

In Spanien verschieben sich die Massen weiter nach links. Dementsprechend werden auch die Phrasen der SP. und KP. "linker". Auf der vor kurzer Zeit stattgefundenen Konferenz der SP. in Madrid wurde nach einem Referate Caballeros, des Otto Bauer Spaniens, einstimmig eine Resolution angenommen, in der die Aufrichtung der proletarischen Diktatur gefordert wird. Gleichzeitig hat aber die SP. zusammen mit den anderen in der "Volksfront" vereinigten Parteien den liberalen Bourgeois Azana als Präsidentschaftskandidaten nominiert. Wo es sich um reale Macht handelt, wird diese von der SP. in die Hände gelegt, wobei auf dem Papier zur Täuschung der Massen immer "linkere" Phrasen auftauchen. In der Provinz Albacete wurden von der Gendarmerie 22 Bauern erschossen und über 40 verletzt, weil die Bauern in einen Grossgrundbesitz eindrangen. Die Linie der "Volksfront" in der Praxis ist also: für die Grossgrundbesitzer, gegen die landarmen Bauern!... Auch werden schon wieder Streikausschüsse verurteilt. Die Linie der "Volksfront" in der Praxis ist also: für die Unternehmer, gegen die streikenden Arbeiter!

Der Ausgang der belgischen Wahlen ist vom prol.- revol. Standpunkt ausserordentlich wichtig. Die belg. SP., seit jeher auf dem Boden der Koalitionspolitik, ist nun schon seit einem Jahr in der Koalitionsregierung (zusammen mit den kapital. Parteien). Bei dieser Politik kann sie den notleidenden Arbeitern und Mittelmassen keine wirksame Hilfe bringen, denn das geht nur auf Kosten der Kapitalistenklasse; eben mit diesen Parteien ist die SP. koalitiert. Die unvermeidliche Auswirkung dieser Politik ist, dass sich die Massen veräussert dem Faschismus (Revisisten, Frontisten) indie Arme wirft. So war es in Dtschld. Oesterr., - so hat es in der CSF. begonnen und dieselbe Gefahr besteht für Span., Frkr. und die skandinavischen Länder, schliesslich bei Engld. Wir müssen durch beharrliche Propaganda die Arbeiter auf dieses handgreifliche belgische Zeichen aufmerksam machen. Die "kommunistischen" Wahlerfolge dürfen darüber nicht täuschen. Genau so war es ja in Dtschld. Dabei ist es ja seither viel ärger geworden: damals hatte die Stalinpartei die soz. dem. Koalitionspolitik mit ihrem "Sozialfaschismus", durch ihre scheinrevolutionär getarnte Kapitulationspolitik sozusagen passiv unterstützt - heute ist der Stalinismus selbst ein Vorkämpfer der Koalitionspolitik geworden, die er zum Täuschen der Massen "V o l k s frontpolitik" nennt.

In China hat die Stalinpartei dem Henker Tschiangkai-schek ein "Volksfront"bündnis angeboten auf der Basis einer antijapanischen Politik. Unter diesen Bedingungen sind die Stalinisten bereit, in die "Sowjets" ausser Spezialisten auch "andere bürgerliche Elemente" aufzunehmen, auf die Enteignung der antijapanische Politik betreibende Grossgrundbesitzer zu verzichten, für eine die Bourgeoisie privilegierende Steuerpolitik einzutreten und den Feldzug der "chinesischen roten Armee gegen Tschiangkai-schek einzustellen. Mit anderen Worten: die Stalin und Co. erklären sich bereit, die rebellierenden armen Bauernmassen Chinas der chin. Bourg. glatt auszuliefern, unter der Bedingung, dass die chin. Kapitalisten einen gegen Japan gerichteten Kurs einschlagen. Vollkommen offen gibt hier die KI. prol.- revol. Interessen preis für augenblickliche aussenpolitische Vorteile.

Berichtigung: Auf Zeile 11 soll es richtig heissen: wird diese von der SP. in die Hände der Kapitalisten gelegt.

In Oesterreich widerspiegelt sich in dem Konflikt **WH.** - Sturmscharen die Spannung zwischen Grossgrundbesitzern und Bürgertum. "Nur über meine Leiche geht die Auflösung der **HW.**!" ruft Starhemberg, obwohl Schuschnigg entgegenkommenderweise die **ST.**scharen erst entwaffnet hat. (sie sind aber schon wieder bewaffnet.) Das Bürgertum wünscht die Verschmelzung beider in eine einheitliche Miliz. Diese soll verwendbar sein gegen das Proletariat, dagegen eine selbständige Verwendung der **HW.** als Druckmittel gegen das Bürgertum soll ausgeschlossen sein. Gerade das aber will der Grossgrundbesitz. Die Ursache der Regierungs-umbildung liegt also in den sich zuspitzenden Interessengegensätzen zwischen Bürgertum und Grossgrundbesitzern. Ihren schärfsten Ausdruck haben diese Gegensätze darin gefunden, dass Starhemberg die Verschmelzung der **HW.** mit den Sturmscharen nicht zugelassen hat. Die **HW.**Kundgebungen gegen den Funschakschen "Freiheitsbund", gegen Schuschnigg, also gegen das Bürgertum brachte das zum Platzen. In der Regierung sind nach wie vor Vertreter der **HW.**Nun wird ohne Starhemberg versucht werden, was mit ihm nicht gelungen ist: die Verschmelzung der **HW.** mit den **St.**scharen zur Miliz. Doch spielt bei der Regierungs-umbildung auch die Aussenpolitik eine entscheidende Rolle. Die österr. Bourgeoisie sieht, dass Engld. noch immer scharf gegen Ital. ist und sich gegen dieses (wahrscheinlich im Bunde mit Frkr.) in der nächsten Zeit noch schärfer werden wird. In diesen Fall bleibt Ital. als letzter Ausweg nur mehr die Verständigung mit Dtschld., d.h. auch die Verständigung mit Dtschld. über Oesterr. weiteres Schicksal. Die Christlichsozialen wissen nun sehr genau, was das für sie bedeutet. Darum haben sie den hauptsächlichsten Träger des Ital. Einflusses in Oesterr., die **HW.**, geschwächt, um sich die Hände freizulassen für eine eventuelle Verständigung mit Engld.- Frkr.---- womit die Chancen der österr.SP.(RS.) steigen. Dr. Resch, der Sozialminister in der Regierung, hat sehr gute Beziehungen zur SP. und ist offenbar ausersehen, nach dieser Seite hin die Verbindung zu pflegen.... Die **HW.** ist eine sehr wichtige Machtposition der Grossgrundbesitzer (Aristokratie). Es ist ganz unwahrscheinlich, dass sie diese Position kampflos räumen wird. Der Gegensatz zwischen Bürgertum und Grossgrundbesitzern wird sich also vertiefen, was vom prolet. Interessenstandpunkt die Kampfbedingungen verbessert.

Die Nazi wollen die gegenwärtig gespannte internationale Situation und den gleichzeitigen Konflikt zwischen Bürgertum den Schwarzen) und Grossgrundbesitz (den Grünweissen) ausnützen, um noch einmal zu versuchen, die Sache in Oesterr. für sich zu entscheiden. Es besteht die höchste Wahrscheinlichkeit, dass die Nazi in den nächsten Wochen zu einer grossangelegten Aktion ausholen, die auch diesmal von Polizei und Bundesheer ausgehen dürfte. Nicht unwahrscheinlich, dass wir diesesmal die **HW.** im Bunde mit den Nazi finden, oder dass diese von der **HW.** zumindest toleriert werden. Doch hängen diese Aktionen und vor allem das Verhalten der **HW.** von der weiteren Entwicklung der intern. Lage (hier vor allem das Verhältnis Engld.- Frkr. zu Ital.) ab. Die Aktien der Firma RS.(SP.) (und der mit ihr verbündeten Stalinpartei) steigen jedenfalls. Die Schwarzen brauchen Verbündete....

Die Spannung zwischen den verschiedenen Schichten der Bourgeoisie ist sehr wichtig. Aber sie kann ausgenützt werden nicht durch ein auf das Bündnis mit dem Bürgertum (oder Teilen desselben) gegen die Grossgrundbesitzer ausgerichteten Politik, sondern nur durch geschlossenen Kampf gegen die Gesamtbourgeoisie, unter grundsätzlicher Ablehnung jeder auf ein Zusammenarbeiten mit der Bourgeoisie, oder Teilen derselben ausgerichteten Politik. In diese Richtung gilt es die sozialdemokratisch - stalinistische Einheitsfront durch den Druck der Massen zu zwingen. Gibt sie dem nicht nach, so entlarvt sie sich vor den Massen als das, was sie ist: als Instrument linkskapitalistischer Politik!!!